

Liebe Mitstreiter*innen,

wir stehen heute hier, weil soziale Sicherungs- und Unterstützungsnetze angegriffen werden. Weil unsere Rechte auf Schutz, Teilhabe und Selbstbestimmung zunehmend zur Verhandlungsmasse werden. Und weil wir als Frauennotruf jeden Tag erleben, dass dieser Abbau nicht alle gleichermaßen trifft.

Frauen, Mädchen und LINTA*-Personen, die von Gewalt betroffen sind, brauchen nicht weniger Unterstützung – sie brauchen mehr. Genau deshalb wollen wir heute deutlich machen, warum der Abbau sozialer Strukturen, der gesellschaftliche Rechtsruck und Antifeminismus unmittelbar miteinander verbunden sind.

Ich spreche heute als Mitarbeiterin vom Frauennotruf gegen sexuelle Gewalt an Frauen und Mädchen e.V. Wir sind eine feministische, spezialisierte Fachberatungsstelle zu allen Fragen sexualisierter Gewalt gegen Frauen, Mädchen und LINTA*-Personen.

Unsere Beratungsstelle gibt es nicht, weil sie uns geschenkt wurde. Sie existiert, weil Feminist*innen sie erkämpft haben. Weil Betroffene ihr Schweigen gebrochen haben. Weil Frauen sich – trotz aller Widerstände – organisiert haben. Weil sie nicht länger akzeptiert haben, dass sexualisierte Gewalt als Einzelfall oder Privatsache abgetan wird.

So entstanden Frauennotrufe, Frauenhäuser, Fachberatungsstellen, Präventionsangebote und Gewaltschutzkonzepte. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und die gesellschaftliche Anerkennung sexualisierter Gewalt.

Nichts davon war selbstverständlich.
Nichts davon wurde uns geschenkt.
All das wurde erkämpft.

Und genau diese Errungenschaften geraten heute wieder unter Druck. Denn sie stellen gesellschaftliche Machtverhältnisse infrage und benennen Verantwortlichkeiten.

Denn Gewalt ist politisch. Sie ist kein isolierter Einzelfall und kein individuelles Versagen. Sie demonstriert und sichert Macht. Sie soll einschüchtern, kontrollieren und uns kleinhalten.

Patriarchale Gewalt weist Frauen, Mädchen und LINTA*-Personen traditionelle Rollen zu. Sie schafft und verstärkt Abhängigkeiten, begrenzt Selbstbestimmung und stabilisiert ein gesellschaftliches System, das auf Ungleichheit beruht.

Ein kapitalistisches und patriarchales System, in dem Sorgearbeit entwertet wird, Macht und Vermögen ungleich verteilt sind und Wenige vom Leben und der Arbeit Vieler profitieren.

Der gesellschaftliche Rechtsruck stärkt genau diese Verhältnisse.

Antifeminismus ist dabei kein Randthema.

Er richtet sich gegen Selbstbestimmung.

Gegen geschlechtliche Vielfalt.

Gegen Gleichstellung.

Und gegen feministische Errungenschaften.

Denn wer feministische Beratungsstellen angreift, wer Gleichstellung infrage stellt oder Präventionsarbeit kürzt, greift nicht einfach einzelne Projekte an.

Er greift Orte an, an denen Betroffenen geglaubt wird.

Orte, an denen Gewalt sichtbar gemacht wird.

Orte, an denen Betroffene ihre Handlungsmacht zurückgewinnen können.

Orte, an denen Solidarität gelebt wird.

Und genau deshalb sind auch die aktuellen Angriffe auf soziale Sicherungsnetze kein Zufall.

Während über Kürzungen bei Bürgergeld, Gesundheitsversorgung, Pflege oder sozialen Angeboten diskutiert wird, werden gleichzeitig Milliarden für Aufrüstung und Militarisierung bereitgestellt.

Es wird so getan, als gäbe es keine Alternative.

Als müsse gespart werden.

Als sei das unvermeidbar.

Aber das stimmt nicht. Haushaltslagen sind keine Naturgesetze. Sie sind Ausdruck politischer Entscheidungen und politischer Prioritäten.

Es geht nicht darum, dass kein Geld da ist.

Es geht darum, welche politischen Prioritäten gesetzt werden.

Es geht darum, welche Sicherheit geschaffen werden soll.

Für uns ist klar:

Sicherheit entsteht nicht durch Aufrüstung. Sicherheit entsteht dort, wo Menschen Unterstützung finden.

Wo sie vor Gewalt geschützt werden.

Wo ihre Existenz gesichert ist.

Wo sie ohne Angst, selbstbestimmt leben können.

Und genau diese Sicherheit wird geschwächt, wenn soziale Sicherungsnetze abgebaut werden.

Viele Betroffene bleiben in gewaltvollen Beziehungen, weil sie sich eine Trennung finanziell nicht leisten können. Weil sie keine bezahlbare Wohnung finden. Weil Kinder versorgt werden müssen. Weil Unterstützung fehlt. Weil Beratungsstellen überlastet sind. Weil Schutzräume fehlen.

Wer soziale Sicherungsnetze abbaut, vergrößert Abhängigkeiten und erschwert so den Weg aus Gewalt.

Und dieser Abbau trifft nicht alle gleichermaßen.

Er trifft zuerst diejenigen, die ohnehin von Armut, Rassismus, Queerfeindlichkeit oder Ableismus betroffen sind.

Deshalb ist der Kampf gegen Sozialabbau für uns immer auch ein feministischer Kampf.

Und deshalb ist der Kampf gegen Antifeminismus immer auch ein Kampf für soziale Gerechtigkeit.

Unsere Antwort auf den Rechtsruck ist Solidarität.

Nicht Konkurrenz.

Nicht Spaltung.

Nicht die Frage, wer Unterstützung "verdient".

Sondern die Überzeugung, dass wir alle ein Recht auf Schutz, auf soziale Absicherung, auf Unterstützung und auf ein Leben frei von Gewalt haben.

Deshalb stehen wir heute hier.

Gemeinsam mit Gewerkschaften.

Gemeinsam mit Initiativen gegen Armut.

Gemeinsam mit Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich.

Gemeinsam mit allen, die sich dem Rechtsruck und dem Antifeminismus entgegenstellen.

Denn unsere Kämpfe gehören zusammen.

Wir verteidigen nicht nur Beratungsstellen.

Wir verteidigen feministische Errungenschaften, die erkämpft wurden.

Wir verteidigen soziale Sicherungsnetze gegen ihren Abbau.

Wir verteidigen Solidarität gegen Spaltung.

Und wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Menschen wichtiger sind als Profite und Schutz wichtiger ist als Aufrüstung.